

Entschließungsantrag

der AfD-Fraktion

ZU:

Antrag auf Aktuelle Stunde der AfD-Fraktion - Brandenburg vor dem Bildungsnotstand? – Auswirkungen der Coronakrise auf die Bildungs- und Zukunftschancen unserer Kinder und Jugendlichen - Drucksache 7/1406 vom 09.06.2020

Der Landtag stellt fest:

1. Die Ankündigung zum Wiedereinstieg in den schulischen Normalbetrieb mit Beginn des kommenden Schuljahres wird begrüßt. Dieser Schritt war allerdings mit Blick auf die seit Wochen gleichbleibend niedrigen Infektionsraten längst überfällig.
2. Das Bildungsministerium hat in den vergangenen Monaten durch eine fatale Kombination aus Verzögerungstaktik, Konzeptlosigkeit und einer bemerkenswerten Aneinanderreihung von massiven Fehlentscheidungen Brandenburg an den Rand eines realen Bildungsnotstands manövriert.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag in der ersten Sitzung nach der Sommerpause ein Strategiepapier vorzulegen, wie sich die infolge des schulischen Lockdowns entstandenen Wissens- und Könnensdefizite der Schüler durch geeignete Maßnahmen langfristig kompensieren lassen.

In diesem Zusammenhang ist ebenfalls darzulegen, auf welche Weise bereits bestehende Förderangebote ausgeweitet und durch entsprechende Zusatzangebote angereichert werden können, um Kinder und Jugendliche optimal zu fördern und zu fordern.

Über die Effektivität dieser Maßnahmen ist dem zuständigen Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport vierteljährlich Bericht zu erstatten.

Begründung:

Am 04.06.2020 verkündete die Ministerin für Bildung, Jugend und Sport endlich die vollständige Wiedereröffnung der Schulen des Landes Brandenburg mit Beginn des neuen Schuljahres 2020/2021. Die AfD-Fraktion begrüßt die Einsicht des Ministeriums ausdrücklich, auch wenn diese viel zu spät getroffen wurde. Gleichzeitig darf dieser Entschluss nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Ankündigung der Rückkehr zum schulischen Normalbetrieb allein keinesfalls ausreichen wird, um die massiven kurz-, mittel- und langfristigen negativen Auswirkungen zu beheben, die seit Beginn des schulischen Lockdowns am 18. März 2020 durch verspätete Maßnahmen und massive politische Fehlentscheidungen eingetreten sind.

Bereits jetzt weisen Kinder- und Jugendärzte sowie verschiedene Wissenschaftler darauf hin, dass die Folgen der Eindämmungsmaßnahmen auf das psychische Wohlbefinden vieler Kinder und Jugendliche enorm waren - und langfristig unabsehbare Folgen haben könnten. Gleichzeitig ist absehbar, dass die durch den monatelangen Lockdown sowie durch die Minimalpräsenzbeschulung entstandenen Lernrückstände, Wissenslücken und Könnensdefizite dazu führen werden, die Bildungsbiografie nachhaltig zu beschädigen - mit entsprechenden negativen Konsequenzen für Schul- und Berufsabschlüsse, Studierbefähigung, spätere Chancen auf dem Arbeitsmarkt und Einkommen. Insbesondere Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Elternhäusern und förderbedürftige Schüler laufen akut Gefahr, endgültig abgehängt zu werden.

Damit steht die Zukunft einer ganzen Generation auf dem Spiel.

Vor dem Hintergrund dieser Situation ist das seit Monaten andauernde Schweigen des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport umso unverständlicher: Das MBS sah sich bis heute außerstande, den Mitgliedern des zuständigen Bildungsausschusses Auskunft darüber zu erteilen, durch welche konkreten Pläne, Konzepte und Strategien es gelingen soll, den enormen Ausfall von Unterrichtsstunden zeitlich und inhaltlich effektiv zu kompensieren. Ebenso unklar ist, inwiefern vorhandene Förderangebote ausgeweitet werden und ggf. durch Zusatzangebote ergänzt werden müssen, um wissbegierige und förderbedürftige Schüler individuell fördern und fordern zu können. Dabei liegen seitens der AfD-Fraktion seit Monaten zahlreiche Vorschläge auf dem Tisch. Eine tiefgehende und sachliche Diskussion über das Potenzial der einzelnen Vorschläge wurde bisher nicht geführt. Teils wurden bestimmte Vorschläge rundweg verworfen, ohne dass eine nachvollziehbare Begründung für diese Entscheidung vorgebracht worden wäre.

Aus Verantwortung gegenüber Schülern, Lehrern, Eltern und im Sinne einer weitsichtigen Bildungspolitik muss nun endlich Klarheit darüber geschaffen werden, wie der sich abzeichnende Bildungsnotstand in Brandenburg abgewendet werden soll.